

Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom 18. Oktober 2016

Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit: NeuesMiteinander – Einwanderungsland Deutschland

Neue Zeiten erfordern neue Ideen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion einen breit angelegten Dialog mit Fachleuten, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern geführt. Gemeinsam mit ihnen haben wir Konzepte für die Herausforderungen der Zukunft erarbeitet. Unser Ziel: Wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft ein erfolgreiches und zugleich gerechtes Land ist, ein Land, das zusammenhält - Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit. Die Projektgruppe #NeuesMiteinander ist eine von insgesamt sechs Gruppen, die im Rahmen dieses Projekts nach Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft sucht. Sie hat das folgende Konzept erarbeitet:

Das Grundgesetz als Leitbild im Deutschland der kulturellen und religiösen Vielfalt

„Wir arbeiten für ein Deutschland, in dem wir alle zusammen gerne, frei und sicher leben können. Wir arbeiten für ein Deutschland, in dem wir ohne Angst verschieden sein können. Und das wir deshalb auch lieben können.“ (Johannes Rau, 2000)

Deutschland ist ein von Vielfalt geprägtes Einwanderungsland. Kulturelle und religiöse Vielfalt sehen wir in erster Linie als Chance, in manchen Punkten ist sie auch eine Herausforderung. Wir sind gewiss: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bilden den Rahmen für kulturelle, religiöse und lebensweltliche Vielfalt. Nur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantieren, dass sich eine vielfältige Gesellschaft wirklich entfalten kann. Über die Bedingungen unserer Einwanderungsgesellschaft müssen wir daher sprechen und sie aktiv gestalten.

Mit diesem Konzeptpapier geben wir Anregungen für eine breite gesellschaftliche und politische Debatte, wie religiöse und kulturelle Vielfalt im Einwanderungsland Deutschland gestaltet werden kann.

I. Das Grundgesetz ist unser Leitbild

Unser Grundgesetz hat sich bewährt. Es ist unser Leitbild. Es setzt die Unantastbarkeit der Würde aller Menschen an die Spitze und fordert den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Das Grundgesetz garantiert die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses und ebenso, ohne Religion und Glauben leben zu können. Dieses Gesetz ist die rechtliche Grundlage für unser Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft. Es beschreibt heute und auch in Zukunft die Wertordnung, die für jeden Menschen gilt, der in unserem Land lebt.

Demokratie muss gelernt und gelebt werden, denn niemand wird als DemokratIn oder als Demokrat geboren. Das Grundgesetz ist das Fundament unseres Zusammenlebens, unserer Werteordnung, der Rechte der und des Einzelnen und der Aufgaben unseres Staates. Es bildet den Rahmen für eine vielfältige und freiheitliche Gesellschaft und garantiert Raum für kulturelle Vielfalt, in dem alle Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellung eines guten Lebens verwirklichen können sollten. Dazu gehören die Meinungs-, Gewissens- und die Glaubensfreiheit. Das Grundgesetz setzt aber auch Grenzen, die niemand außer Kraft setzen darf. Wie wir die Werteordnung des Grundgesetzes in konkrete Politik überführen, ist Teil eines Aushandlungsprozesses, ist Demokratie.

Beim gesellschaftlichen Miteinander geht es aber um mehr. Integration ist ein Prozess der Gegenseitigkeit und auf Augenhöhe. Das ist umso wichtiger, wenn die Vielfalt kultureller und religiöser Überzeugungen zunimmt und sich damit viele lebenspraktische Fragen stellen. Um diese Fragen zu beantworten, brauchen wir ein gesellschaftliches Leitbild, an dem wir uns alle orientieren müssen. Dieses Leitbild ist das Grundgesetz und die daraus abgeleiteten Werte. Es dient zur Orientierung bei Konflikten zwischen unterschiedlichen Norm- und Wertvorstellungen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zu gesellschaftlicher Vielfalt. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerte der Sozialdemokratie bedingen diese gesellschaftliche Vielfalt in ihrem Kern. Sie sind unsere Stärke und tragen zu gelebter Vielfalt bei. Wenn wir sie immer wieder neu aushandeln, lernen und leben, dann entfalten wir die Potenziale der Vielfalt. Dies bedeutet nicht, dass alle gleich denken oder handeln sollen – das ist in einer vielfältigen Gesellschaft weder möglich noch erstrebenswert. Vielfalt darf aber auch nicht Beliebigkeit bedeuten. Denn es gibt Werte und Grundsätze, an denen sich alle Mitglieder einer Gesellschaft orientieren sollten. Sonst wird Vielfalt als unverbundenes Nebeneinander empfunden, aus dem auch Konflikte entstehen können.

Wir wollen unsere gemeinsame Zukunft mit allen Einwohnerinnen und Einwohnern dieses Landes teilen: Unabhängig davon, wo jemand geboren ist oder woher seine oder ihre Eltern kommen. Wir wollen eine gemeinsame Zukunft gestalten mit den Menschen, die die Werte des Grundgesetzes anerkennen und leben. Wo es ein gemeinsames Verständnis der Grundwerte und Regeln gibt, gelingt das Zusammenleben. Nur mit ihnen ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gewährleistet. Nur so eint Vielfalt, statt zu spalten.

II. Ergreifen wir unsere Chancen!

Unsere Gesellschaft verändert sich. Wir sehen darin die Chancen, die eine pluralistische, vielfältige, freie und demokratische Gesellschaft mit sich bringt. Die wichtigsten Voraussetzungen für eine aktive und gewinnbringende Gestaltung unseres gesellschaftlichen Wandels trägt Deutschland bereits in sich:

Unser Land ist vielfältig.

Kulturelle und religiöse Vielfalt in unserem Land sind nicht neu, sondern über Jahrzehnte - seit es Deutschland gibt - gelebt worden. In den 50ern gab es eine breite

gesellschaftliche Debatte darüber, ob evangelische und katholische Kinder gemeinsam unterrichtet werden dürfen. Die 68er stellten die Werte und Ansichten ihrer Elterngeneration in Frage und die deutsche Gesellschaft wurde durch sie liberaler. In den 70ern kämpfte die zweite Welle der deutschen Frauenbewegung um die Anerkennung und Durchsetzung ihrer fundamentalen Rechte. Heute diskutiert die Gesellschaft darüber, ob Kinder auf Schulhöfen untereinander türkisch sprechen dürfen, über die Ehe für alle oder darüber, wie der Staat mit kopftuchtragenden oder vollverschleierten Musliminnen umgehen soll.

Die Fragen nach dem Zusammenleben in der Gesellschaft, nach dem guten Miteinander, wandeln sich, denn wir sind eine Gesellschaft der Einwanderung, aber auch eine Gesellschaft, die immer neu dazu lernt und auf den Prinzipien des Grundgesetzes ruht. Wir haben keinen Anlass zu Hochmut – wir können Vieles noch besser machen. Wir wollen Freiräume für verschiedene Interessen, Sichtweisen, kulturelle, religiöse oder lebensweltliche Hintergründe schaffen. Wir wollen das stärken, was die Menschen in Deutschland miteinander verbindet. Denn wir sind überzeugt: So unterschiedlich wir auch sein mögen – uns verbindet mehr, als uns trennt. Wenn wir uns dessen bewusst werden, dann kann Deutschland für alle hier lebenden Menschen Heimat sein - seien sie hier geboren oder eingewandert.

Unser Land hält zusammen.

Wenn sich alle in unserem Land einem freiheitlichen Grundkonsens verpflichtet fühlen und ihr Leben in Offenheit und Toleranz anderen gegenüber gestalten, dann trägt das zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Wir haben aus der Weimarer Republik gelernt, dass wir die freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen und verteidigen müssen. Es sollte deshalb zum Grundkonsens unseres Landes gehören, dass wir Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit entschieden entgegentreten. Unsere Demokratie ist nie ungefährdet. Wir erleben an vielen Orten den Zusammenhalt, Menschen, die für andere Menschen da sind – jedoch sind auch Tendenzen der gesellschaftlichen Spaltung sichtbar.

Deswegen ist und bleibt die Integration, die kulturelle wie religiöse, unsere dauernde Aufgabe. Denn: Sozial und politisch abgekoppelte Menschen sind leichter für fundamentalistische Ideologien zu gewinnen als diejenigen, die am alltäglichen Leben unserer Gesellschaft – mit allen ihren Rechten und Pflichten – teilhaben. Dass Terroristen und Terroristinnen sich auf den Islam berufen, kann den Geflüchteten, die bei uns Asyl suchen, nicht angelastet werden. Sie haben diese Verbrechen nicht zu verantworten.

Gleichzeitig müssen wir den immer weiter erstarkenden nationalistischen und rechtsterroristischen Tendenzen in unserem Land entschieden entgegentreten.

Alle jungen Menschen in diesem Land brauchen Perspektiven, sich hier ein gutes und selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Wir müssen verhindern, dass sich junge Menschen radikalisieren und für die Anwendung von Gewalt ansprechbar werden. Dafür müssen wir strukturelle Benachteiligungen abbauen und sicherstellen, dass alle jungen Menschen dieselben Chancen und Möglichkeiten haben – unabhängig von Herkunft, Elternhaus, Einkommen, Geschlecht und Religion. Wir dürfen nicht einzelne Gruppen stigmatisieren.

Das Wissen über die Weltreligionen und der interreligiöse Dialog müssen ebenso gefördert werden, wie das Wissen um Geschichte und Zeitgeschehen. Politik, Schulen und Medien wie auch Kirchen und Religionsgemeinschaften tragen hierbei gleichermaßen Verantwortung. Ein besserer und nachhaltiger Zusammenhalt kann nur entstehen, wenn wir niemanden zurücklassen und sich alle als Teil eines großen Ganzen verstehen.

Unser Land ist demokratisch.

Deutschland ist durch die Einwanderung der letzten 60 Jahre zu einem multireligiösen Land geworden. Rund 60 Prozent der Bevölkerung sind Mitglieder der christlichen Kirchen, fünf Prozent sind muslimischen Glaubens und ein Drittel der Bevölkerung gehört keiner Religion oder Konfession an. Vor diesem Hintergrund ist das vielfältige Zusammenleben eine geübte Praxis unserer Demokratie, in der unterschiedliche Überzeugungen kein Hindernis für das menschliche Miteinander sein dürfen. Unsere Geschichte lehrt uns, dass die Demokratie nicht ohne die Freiheit des Glaubens, der Religion und Weltanschauung zu verwirklichen ist. Nicht ohne Grund findet sich die Religionsfreiheit im vierten Artikel des Grundgesetzes.

In Deutschland gilt die Trennung von Staat und Kirche. Die individuelle Religionsfreiheit hat in Deutschland einen hohen Stellenwert – die Freiheit des Glaubens und die Freiheit des religiösen Bekenntnisses sind unverletzlich. Das Grundgesetz garantiert Kirchen und Religionsgemeinschaften weitreichende Möglichkeiten, sich im öffentlichen Raum zu entfalten. Der säkulare und neutrale Staat bewertet Religionen nicht. Das heißt aber nicht, dass der Staat keine Erwartungen an Religionsgemeinschaften stellen kann. Die Offenheit des Religionsverfassungsrechts und die dadurch gewährten Mitwirkungsmöglichkeiten bedingen den Anspruch, dass Glaubensinhalte so gelebt werden, dass sie Gläubigen die Teilhabe am multireligiösen und pluralen Deutschland ermöglichen. Die Religionsgemeinschaften sind durch diese Rahmenbedingungen aufgefordert, sich so zu organisieren, dass sie als verlässlicher und repräsentativer Kooperationspartner wirken können. Das Modell der „fördernden Neutralität“ des Staates hat sich bewährt.

Unser Land ist stark.

Die Geschichte der Bundesrepublik wurde von Menschen unterschiedlicher Herkunft geprägt. Unser Sozial- und Bildungssystem und unser Arbeitsmarkt bilden eine gute Grundlage, damit Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben können. Darüber hinaus ist unser Land wirtschaftlich stark, demokratisch gefestigt und eines der reichsten Länder dieser Welt.

Die Menschen, die zu uns kommen, haben unterschiedliche Lebenserfahrungen. Viele entstammen Kulturen, deren Lebensweise sich stark von unserer unterscheidet. Immer öfter stellen wir fest: es ist eine große Herausforderung, verschiedene Rollen-, Familien- oder Gesellschaftsbilder zu verhandeln und miteinander in Einklang zu bringen. Dennoch sind wir überzeugt: Lebensweisen aus unterschiedlichsten Kulturen sind vereinbar mit Demokratie und Grundgesetz, mit unserer Gesellschaft und sie bereichern unser Zusammenleben. Wir wollen, dass sich Menschen mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründen miteinander über ihre Werte verständigen. Wichtig ist dabei, dass die Mehrheitsgesellschaft besser mit

Minderheiten umzugehen lernt. Dazu gehören religiöse Bildung, das Wissen voneinander und Begegnung. Starke Gruppenidentitäten müssen kein Hindernis für gesellschaftliche Teilhabe sein, solange Menschen offen gegenüber anderen Gruppen und der Mehrheitsgesellschaft sind und diese offen für sie ist.

Unsere Demokratie ist stark. Integration kann man nicht verordnen. Integration fordert allen viel ab und Integration braucht Zeit und Geduld auf allen Seiten. Aber ohne sie kann es keinen gesellschaftlichen Zusammenhalt geben.

III. Unsere Ideen

In Deutschland ist möglich, was heute in weiten Teilen der Welt undenkbar scheint: Gläubige aller Religionen - von säkular bis sehr fromm - sowie Menschen ohne religiösen Glauben leben friedlich zusammen. Aber was garantiert diesen sozialen Frieden auch in Zukunft? Was schafft Sicherheit in unserer sich stetig verändernden Gesellschaft?

Wir meinen: Eine der Stärken unseres Landes ist, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbände und Organisationen sich auf unterschiedlichen Ebenen begegnen, miteinander im Dialog stehen und einander kennen. Dieser Austausch und Wissenstransfer über verschiedene Religionen und Kulturen ist die beste Grundlage für einen respektvollen und toleranten Umgang und ein friedliches Miteinander. Für langfristige und nachhaltige Strategien für Teilhabe und Einwanderung, für kulturelle und religiöse Vielfalt braucht es die Zusammenarbeit der gesamten Gesellschaft.

Demokratie und kulturelle Bildung

Vielfalt muss gelebt und der Umgang damit erlernt werden – und das von Kindesbeinen an. Gemeinsame Werte entstehen im Umgang und Austausch miteinander. Wir wollen daher umfassende Weiterbildungsprogramme für Lehrerinnen und Lehrer wie auch Erzieherinnen und Erzieher einführen sowie anregen, Lehrpläne zu modernisieren. Ziel ist es, interkulturelle Kompetenzen beim Lehrpersonal, den Kindern und den Jugendlichen zu verankern. Nicht nur in Schulen, auch am Arbeitsplatz, in Gemeinden oder in Unternehmen muss für religiöse und kulturelle Vielfalt sensibilisiert werden. Wenn Vielfalt in allen Bereichen des gesellschaftlichen Miteinanders gelebt wird, wird undemokratischen rechtspopulistischen Tendenzen der Nährboden entzogen.

Wir wollen das Verständnis für unser demokratisches Miteinander fördern. Ereignisse wie der *Brexit* führen uns vor Augen, welche Auswirkungen populistische Debatten, die nicht auf Fakten basieren, haben können. Wir wollen für eine bessere demokratische Kultur, für ein besseres demokratisches Miteinander kämpfen.

Wir wollen Konflikte zwischen den Freiheitsrechten des Einzelnen und den Rechten Anderer fair lösen. Dies gilt nicht nur für unser politisches Handeln, sondern wir wollen auch Foren für die Zivilgesellschaft schaffen.

Damit auch Menschen, die noch nicht lange in Deutschland leben, über ihre grundgesetzlich garantierten Rechte aufgeklärt werden, brauchen wir ein neues Bundesprogramm "Recht verstehen - Recht einhalten", das über Recht und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland aufklärt.

Wir stehen für Toleranz und gegen Extremismus jedweder Art ein. Dafür muss politische Bildung - vor allem an Schulen, aber auch darüber hinaus - gestärkt werden. Wir brauchen mehr sozialpädagogisches Personal, welches solchen Tendenzen frühzeitig mit ihrer Arbeit entgegen wirken. Zudem stärken wir De-Radikalisierungsangebote, die Ausstiegsarbeit und die zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit gegen islamistischen Extremismus, Antisemitismus, Islamophobie und Rechtsextremismus.

Zudem wollen wir über den Islam in Deutschland aufklären und Vorurteile abbauen. Die Deutsche Islam Konferenz wollen wir zu diesem Zweck weiterführen und weiterentwickeln. Dabei soll die Konferenz ein Forum sein, um den muslimischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern auf Augenhöhe zu begegnen und den konstruktiven Dialog über die Fragen des Zusammenlebens zu suchen.

Junge Menschen einbinden

Wir wollen den internationalen Jugendaustausch fördern. Auch Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien sollen verstärkt die Möglichkeit bekommen, an Austauschprogrammen teilzunehmen und ihre Altersgenossinnen und -genossen aus anderen Ländern kennenzulernen. Denn nur über das gegenseitige Kennenlernen schafft man Verständigung, schafft man Vertrauen.

Gestaltung durch Partnerschaft & Dialog

Wir arbeiten mit Kirchen, Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsgemeinschaften, lokalen Initiativen, Sportvereinen, Kultureinrichtungen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen, um eine offene und vielfältige Gesellschaft zu gestalten.

Wir werden den Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften unterstützen und uns stärker in bestehende Dialogformate und Initiativen einbringen. Vor allem brauchen wir einen organisierten Dialog zwischen Politik und den Vertreterinnen und Vertretern islamischer Religionsgemeinschaften. Dieser soll zielorientiert die noch offenen Fragen der Gleichstellung islamischer Gemeinschaften mit Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften diskutieren und beantworten - beispielsweise durch den Abschluss von Staatsverträgen, durch Gesetze wie das Körperschaftsstatusgesetz in Nordrhein-Westfalen und Vereinbarungen über den Religionsunterricht, wie bereits in mehreren Bundesländern geschehen.

Verständigung in Deutschland geht auch über die deutsche Sprache. Das heißt, dass wir auch deutschsprachige Imame für wünschenswert halten.

Unser Religionsverfassungsrecht bildet eine gute und flexible Grundlage für die organisatorische Einbindung von Religionsgemeinschaften. Wir werden darauf hinwirken, dass es auch für muslimische Gemeinden geöffnet wird, indem sie ihre Strukturen entsprechend anpassen.

Wir wollen auf der Basis unserer Grundwerte das Zusammenleben der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und mit unterschiedlichen Religionen fördern. Dazu streben wir eine Charta für Demokratie und Vielfalt an, die von einem breiten Bündnis aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und Zivilgesellschaft getragen werden soll. Wichtig ist dabei ein breiter gesellschaftlicher Prozess, an dem sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Integration ist ein Prozess der Gegenseitigkeit und auf Augenhöhe. Deshalb sollen sich daran sowohl diejenigen beteiligen, die hier leben, als auch diejenigen, die zu uns kommen.

Das Grundgesetz muss lebendig bleiben. Lebendigkeit heißt: Alle Menschen, die hier leben, sollen sich mit den Werten, auf denen unsere Gesellschaft basiert, identifizieren können und auf dieser Grundlage aktiv unsere gemeinsame Zukunft mitgestalten. Denn nur gemeinsam sind wir stark.